

Bern, 4. Dezember 2014

Medienmitteilung

Verpasste Chance für wirtschafts- und gesellschaftsverträgliche Energiestrategie!

Der Nationalrat hat ein teures und bürokratisches Monster geboren

Der Nationalrat hat es diese Woche verpasst, die Energiestrategie 2050 weniger bürokratisch und damit wirtschafts- und gesellschaftsverträglicher zu gestalten. Die grosse Kammer hat sich entschieden, Energie in der Schweiz zu verteuern und die unternehmerische Freiheit zu beschneiden: Statt auf Verbesserung unserer CO2-Bilanz durch freiwillige Massnahmen setzt er auf Subventionen mit der Giesskanne. FDP.Die Liberalen hat als einzige Partei einen konsequenten Übergang vom Fördern zum Lenken gefordert und unterstützt. Der Verfassungstext ist in der parlamentarischen Initiative [„Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung“](#) bereits formuliert.

Mit der Energiestrategie 2050 stand diese Tage eines der grössten und umfassendsten Geschäfte der letzten Jahre auf der Traktandenliste der Wintersession 2014. Die grosse Kammer hat jedoch die Chance verpasst, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch in Zukunft eine sichere Energieversorgung gewährleistet ist: Sie will die Abgaben zugunsten der Subventions-Honigtöpfe mit rund 30 Milliarden massiv erhöhen.

Übergang zum Lenkungssystem weiter verzögert

Dieses Geld ist weg und wird nie für den dringenden Ausbau des Stromnetzes oder von Stromspeichern verwendet werden können. Abgelehnt hat der Nationalrat zudem die Befristung des bestehenden Fördersystems: Damit wird der Übergang zum von der FDP geforderten, wirtschaftsverträglichen Lenkungssystem weiter hinausgezögert.

Bedauerndswert ist auch, dass Hauseigentümer keine Möglichkeit erhalten sollen, sich die CO2-Abgabe rückerstatten zu lassen: Mit freiwilligen Zielvereinbarungen hätten sie einen Anreiz erhalten, ihren CO2-Ausstoss sowie Energieverbrauch zu senken. Schwerwiegend ist auch der Eingriff in die unternehmerische Freiheit der Netzbetreiber: Einerseits will der Bund die Mehrproduktion mit Milliarden fördern und andererseits den Mehrverkauf an Strom bestrafen – ein eklatanter Widerspruch.

Der Wasserkraft ist nicht wirklich geholfen

Obwohl der Bund nun die Wasserkraft konsequent subventionieren will, werden die Kantone nicht verpflichtet, bei den Steuern und Wasserzinsen mindestens gleichwertig entgegenzukommen. Somit subventioniert der Bund die Einnahmen der Kantone. Auch abgelehnt hat der Nationalrat die dringend nötige Belastung des CO2-intensiven, importierten Stroms zugunsten der CO2-armen Schweizer Wasserkraft.

Strommarktliberalisierung miteinbeziehen

Die zentralen Bestrebungen, die Energie- und vor allem die Stromversorgung umwelt- und klimaverträglicher zu machen und zugleich die Versorgungssicherheit zu garantieren, hat die grosse Kammer leider verfehlt. Die FDP-Liberale Fraktion wollte dem Bundesrat die Chance geben, die Vorlage zu verbessern. Insbesondere sollte die vollständige Strommarktöffnung berücksichtigt werden.

Mit dieser wichtigen Liberalisierung werden die Konsumentinnen und Konsumenten zukünftig ihren Stromanbieter frei wählen können. Die Subventionen müssen an einem klar festgelegten Datum aufgehoben werden, damit ein marktfähiges

Lenkungssystem zum Tragen kommen kann. Auch sind alle Massnahmen auf den Tisch zu legen, die im Rahmen der Energiestrategie 2050 umgesetzt werden sollen. Dass die Ratsmehrheit dies abgelehnt hat, ist ein schlechter Entscheid.

Die FDP will, dass das Volk entscheidet

Die Energieversorgung ist einer der wichtigsten Pfeiler, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft stützen. Wird dieser gelockert, steht unser Haus auf wackligen Beinen. Ob es diesen sicheren Halt aufgeben will, muss letztlich das Volk entscheiden. Die FDP fordert daher, dass das Gesamtpaket zur Energiestrategie 2050 und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen den Bürgerinnen und Bürgern vorgelegt werden. Man muss die Rechnung des servierten Menus schliesslich kennen. Freiheit, Gemein Sinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakt:

- › Christian Wasserfallen, Nationalrat und Vizepräsident *FDP.Die Liberalen*, 078 648 39 71
- › Peter Schilliger, Nationalrat, 078 671 14 18
- › Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- › Aurélie Haenni, Pressesprecherin Westschweiz, 079 315 78 48